

Rucht, Dieter

**Article — Digitized Version**

## Wo soll das alles enden...: von der Anti-AKW-Bewegung zur neuen Friedensbewegung

Unsere Medien, unsere Republik: Mediengeschichte als Geschichte der Bundesrepublik Deutschland - ein Projekt des Adolf-Grimme-Instituts des Deutschen Volkshochschul-Verbandes

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Rucht, Dieter (1990) : Wo soll das alles enden...: von der Anti-AKW-Bewegung zur neuen Friedensbewegung, Unsere Medien, unsere Republik: Mediengeschichte als Geschichte der Bundesrepublik Deutschland - ein Projekt des Adolf-Grimme-Instituts des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Adolf-Grimme-Instituts des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Marl, Iss. 7, pp. 5-7

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/111986>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.



*Für die Erhaltung der Lebensgrundlagen: In Köln protestieren UmweltschützerInnen und alternative Gruppen gegen die Zerstörung von Schrebergärten, die einem Stadtautobahnprojekt geopfert werden sollen*

Foto: Gernot Huber/LAIF

## Wo soll das alles enden...

### Von der Anti-AKW-Bewegung zur neuen Friedensbewegung

Ein vordergründiges Ereignis des Jahres 1974, der Wechsel der Kanzlerschaft von Willy Brandt zu Helmut Schmidt, markiert eine tiefer reichende Zäsur. Die Ära Brandt war verknüpft mit einer optimistischen Aufbruchstimmung. Im Feld außerparlamentarischer Gruppen waren es die Bürgerinitiativen und die Frauenbewegung, die diesen Reformwillen verkörperten. Ab 1974/75 dominieren pessimistische Töne: Weitreichende Reformen sind nicht durchzusetzen; die öffentlichen Finanzmittel werden knapp; die Arbeitslosigkeit beginnt zu steigen; die bereits zuvor beschworenen "Grenzen des Wachstums" rücken ins Bewußtsein. Die Ära Schmidt wird gleichbedeutend mit einer Periode des Krisenmanagements.

Ein Großteil der Frauenbewegung begibt sich - nach der für sie unbefriedigenden Kompromißlösung in der Abtreibungsfrage - auf den Rückzug nach innen, in die Welt der kleinen Selbsterfahrungs- und Gesprächsgruppen. Zugleich aber gewinnt eine bislang nur auf lokale Konfliktherde begrenzte Auseinandersetzung an Brisanz: Wyhl, Grohnde, Brokdorf, Kalkar und Gorleben sind die ersten wichtigen Stationen des leidenschaftlich geführten, zuweilen an einen Glaubenskrieg erinnernden Konflikts um die zivile Nutzung der Atomenergie. Mit den Ereignissen in Wyhl, insbesondere der massenhaften, illegalen und Monate währenden Besetzung des Bauplatzes für das dort geplante Atomkraftwerk und den juristischen Teilerfolgen der Atomkraftgegner, gewinnt die Be-



Abb. (2): G. Seyfried/Rotbuch Verlag. Mit freundlicher Genehmigung

Zeitlich fast parallel, wenngleich aus anderen Konfliktwurzeln stammend, intensivieren sich die Aktionen des Linksterrorismus, um schließlich eine im "Deutschen Herbst" des Jahres 1977 gipfelnde Terroristenhatz auszulösen. Gegen Ende der 70er Jahre verdichten sich vor allem bei Teilen der Jugendlichen "Null-Bock"-Attitüden und "no-future"-Stimmungen. Ein ironisch-kritischer Aufruf zu einem "TUNIX-Treffen" im Januar 1978 in Westberlin findet eine unerwartet große Resonanz. Rund 20.000 Menschen versammeln sich um zu "bereden, wie wir unsere Ausreise aus dem 'Modell Deutschland' organisieren...oder wie wir das 'Modell Deutschland' zerstören und durch TUNIX ersetzen." Der "Strand von TUNIX" steht als Symbol für ein we-



Anti-AKW-Demonstration 1977 in Kalkar

Foto: Süddeutscher Verlag

wegung bundesweite Aufmerksamkeit. Das wirkt an anderen Orten ermutigend und stimulierend. Überall setzen verfahrensrechtliche Streitigkeiten ein. Zugleich trifft der demonstrative, auf physische Präsenz oder gar handgreifliche Mittel gestützte Widerstand auf härtere Reaktionen. Das Ergebnis sind gewaltsame, blutige Eskalationen, die das Schreckensbild eines "ökologischen Bürgerkriegs" aufkommen ließen.



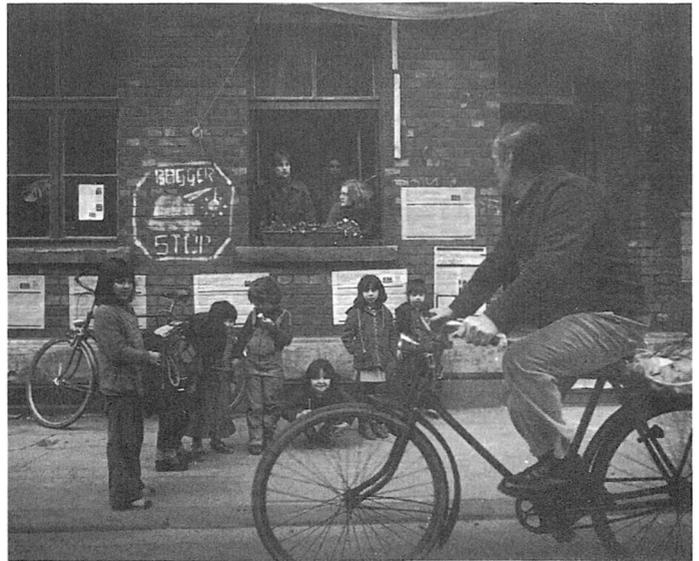
niger tristes, weniger spießiges und weniger verbisenes Leben. Die Kluft zwischen der etablierten politischen Kultur und einer sich zunehmend profilierenden, ihre eigene Infrastruktur entwickelnden Alternativkultur scheint immer unüberbrückbarer. Viele Einzelkonflikte, sei es um öffentliche Rekrutenvereidigungen, um die Einrichtung autonomer Jugend- und Frauenzentren, um technisch-industrielle Großprojekte oder Hausbesetzungen, tragen zur Verhärtung der Fronten bei. Daneben freilich, und weitgehend außerhalb des massenmedialen Rampenlichts, findet eine stärker konstruktiv orientierte Suche nach alternativen Lebens-Wirtschafts- und Politikformen statt. Da gibt es Technikergruppen, die Sonnenkollektoren basteln, Tante-Emma-Läden, die sich unter neuer kollektiver Regie auf Naturkost spezialisieren, Bürgerinitiativen, die für eine "behutsame Stadterneuerung" streiten, Instandbesetzer, die Renovierungsarbeiten angehen, feministische Initiativen, die Zufluchtstätten für geschlagene Frauen schaffen.... Der Wille zu

konstruktiven Veränderungen zeigt sich auch in Bemühungen um eine "eigene" parlamentarische Interessenvertretung. 1978 formieren sich die ersten ökologischen Listen auf kommunaler Ebene. Zwei Jahre später entsteht als Sproß der Anti-Atomkraft- und Ökologiebewegung die Bundespartei DIE GRÜNEN. Anfang der 80er Jahre ist das heterogene Spektrum der "Alternativbewegung", für die sich nun zunehmend der Sammelbegriff "neue soziale Bewegungen" durchsetzt, zu einem festen Bestandteil der politischen Kultur der Bundesrepublik geworden. Die Parteien stellen sich auf die neue grün-bunte Konkurrenz ein; in der bundesweiten Presselandschaft hat sich die links-alternative TAGESZEITUNG etabliert; die Kommunalverwaltungen machen den sich "alternativ" verstehenden Projekten erste Kooperationsangebote und lösen vorübergehend eine "Staatsknetediskussion" um die Frage aus, ob es legitim sei, staatliche Mittel anzunehmen oder gar offensiv einzufordern.

Während sich die verschiedenen Einzelbewegungen und Strömungen weiter ausdifferenzieren und dabei zwar nicht unbedingt an Masse, aber doch an Schwungkraft und Brisanz verlieren, erscheint ein neuer Konflikt auf der politischen Tagesordnung. Die Verhärtung der Ost-West-Konfrontation in Verbindung mit militärtechnischen und strategischen Veränderungen führen zu einer mächtigen Welle des friedenspolitischen Engagements. Einen ersten größeren Auftakt bilden die "Friedenswochen" im November 1980 und die Unterschriftensammlungen für den "Krefelder Appell"; auf dem evangelischen Kirchentag im Juni 1981 in Hamburg demonstrieren dann nahezu 100.000 Menschen für Frieden und Abrüstung. Die Bonner Friedensdemonstration im Herbst desselben Jahres versammelt bereits 300.000 Menschen; ab 1982 wird die aus den 60er Jahren stammende Tradition der jährlichen Ostermärsche mit großem Erfolg wiederbelebt. Die Mobilisierungskraft der Friedensbewegung übertrifft die aller bisherigen Protestbewegungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Das neue alte, zunächst von katastrophischen Zukunftserwartungen geprägte Friedensthema absorbiert Protestenergien aus anderen Bereichen, zieht aber auch viele bislang politisch eher inaktive BürgerInnen in seinen Bann.

Trotz der Dominanz der Friedensbewegung ab 1982/83 sollten die Aktivitäten von Gruppen und Initiativen zu vielen anderen Konfliktthemen nicht übersehen werden: Atomare Wiederaufarbeitung und Endlagerung, Arbeitslosigkeit im eigenen Land, Hunger und Elend in der Dritten Welt, Ausländerintegration, nicht zuletzt ökologische Bedrohungen der vielfältigsten Art halten die Bundesrepublik in Bewegung. Nach den vorliegenden Daten ist 1983 die höchste Zahl von Demonstrationen und Protestereignissen der gesamten 70er und 80er Jahre zu verzeichnen. Die neuen sozialen Bewegungen sind zu einem wichtigen Faktor der Politik geworden.

Dieter Rucht



Hausbesetzer 1981 in Köln

Foto: Gernot Huber/LAIF

### **"Zum Schutz der Vögel im Zoo eine Umleitung"**

Presseschnitzel zu TUNIX aus dem Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten (ID):

*BERLIN, 1. Februar.* Wenn es irgendwann einmal zwei Silben gab, die aus dem Nichts heraus zu einem Massenbegriff wurden, dann kommt nach "Dada" - vor 60 Jahren - heute dem Worte "Tunix" diese Ehre zu. TUNIX hat es vorher noch nie gegeben, keiner konnte es je orten, beschreiben, eingrenzen oder ausgrenzen: und doch wußten alle auf Anhieb bescheid, ein Mißverständnis war ausgeschlossen. Deshalb halte ich jene eilfertigen Positivisten für die größten Verlierer, die sich mit der dümmlichen Umkehrung "Tu was" an fremde Pointen anhängen und in vertraute Gefilde retten wollten. O ihr engherzigen Tröpfe, ihr nimmersatten Geschäftshuber: wenn IHR unter dem Motto "Tu was" die Menschen dieser Welt gerufen hättet, es wären nur 3 gekommen. In Worten: drei. So aber kamen etwa 20.000, die haben zwar nix gefunden, die wußten aber warum sie es suchten.

In Tunix vereinigt sich Raum und Zeit zu einem Zustand. In Tunix wird das Wegsacken nach schräg unten als Lustprozeß gefeiert. In Tunix kriegt jeder "Ätsch" gesagt, der mit dem Hinweis auf die Ausweglosigkeit des Lebens die kollektive Grabesmiene fordert. Tunix heißt mit den Worten von Paul Scheerbart (1898): "Neinsagen zu Allem und Sitzenbleiben wo man gerade sitzt - das scheint mir das Beste zu sein".

Niemand darf, ohne Lügner genannt zu werden, behaupten, er wüßte nicht was TUNIX ist. - Eine andere Frage, ob TUNIX denn tatsächlich stattgefunden hat.